

# Linke Liste Wiesbaden

Lili



Informationen der Fraktion Linke Liste (LiLi) Wiesbaden

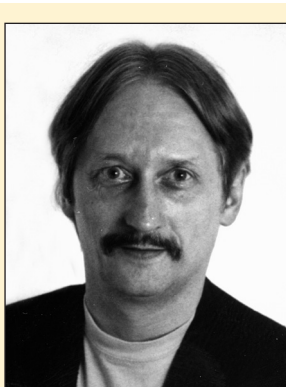
Oktober 2001

Die Linke Liste Wiesbaden ist angetreten, um im Stadtparlament die Themen soziale Gerechtigkeit, umweltgerechte Stadtentwicklung, Bildung und Kultur für alle, Ausbau demokratischer Mitwirkungsrechte sowie Kampf gegen neonazistische und rassistische Strukturen stärker als bisher in den Mittelpunkt parlamentarischer Entscheidungen zu rücken.

## Aktive Oppositionsarbeit im Stadtparlament

Wie konnte die Fraktion Linke Liste diesem Anspruch unter den Bedingungen und Voraussetzungen zur parlamentarischen Arbeit im Stadtparlament gerecht werden? In diesem Beitrag geht es zum einen um die von unserer Fraktion in die Stadtverordnetenversammlung eingebrachten **Anträge**, mit deren

Inhalt sich die anderen politischen Gruppierungen auseinandersetzen mussten. Zum anderen stellen wir die von der Fraktion formulierten **Anfragen** vor, mit deren Beantwortung sich die Linke Liste und ihre Partner Informationen über Ziele und Auswirkungen des Handelns der Stadtverwaltung einholen können.



**Liebe Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger,**

als Ergebnis der Kommunalwahlen im März 2001 ist die Linke Liste (LiLi) im Wiesbadener Stadtparlament mit einem Sitz vertreten.

Es gehört zu unseren wichtigsten Grundsätzen, uns auf allen Ebenen der Kommunalpolitik für Öffentlichkeit und Transparenz einzusetzen. Dazu gehört natürlich auch die eigene Organisation. Aus diesem Grund hat sich die Fraktion Linke Liste zu dieser Zeitung entschlossen, um Sie regelmäßig – zunächst ist die vierteljährliche Herausgabe vorgesehen – auf dem Laufenden zu halten: über unsere Aktivitäten im Rathaus, in der Stadt und in den Vororten, über Themen, von denen wir überzeugt sind, dass sie uns alle angehen, dass wir dazu etwas zu sagen haben und dass wir etwas bewegen können – gemeinsam mit Ihnen.

**Hartmut Bohrer, Stadtverordneter der Linken Liste (LiLi) Wiesbaden**

**Fünf Anträge** unserer Fraktion wurden in der Stadtverordnetenversammlung von April bis August mit folgenden Ergebnissen behandelt:

Der erste Antrag im April hatte das Ziel, durch Reduzierung der Anzahl der Mitglieder in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung sowie der ehrenamtlichen Stadträte und Stadträtinnen des Magistrats auf 8 Personen den **Einfluss der Vertreter der Fraktion der „Republikaner“** auf Entscheidungen dieser Gremien stark **einzu-schränken**. Leider folgte das Parlament diesem Vorschlag nur bei einem Teil der Ausschüsse (z.B. Umwelt u. Sauberkeit, Gesundheit, Frauen). Bei anderen (z.B. Finanzen, Planung, Bau u. Verkehr, Soziales) sicherten sich CDU und fdp mit Unterstützung von Bündnis 90/Die Grünen eine Ausschuss-Mehrheit, die sie im Parlament nicht haben, und akzeptierten die Anwesenheit der „Republikaner“.

Eine Mehrheit im Stadtparlament fand unser Antrag im Mai, dass **nichtöffentliche Sitzungen von Ortsbeiräten unzulässig sind**, und dass Tagesordnungspunkte, die einer nicht-öffentlichen Behandlung bedürfen, in geeigneter Weise öffentlich bekanntzumachen sind. Damit ist ein Stück mehr Bürgerinformation möglich, wenn es in den Ortsbezirken auch entsprechend eingefordert wird.

## Aktive Opposition ...

Eine Bilanz der Fraktion Linke Liste (LiLi) über das erste Halbjahr Arbeit im Wiesbadener Stadtparlament

Seite 1-3

## Schwarz – Gelb – Braun ...

Am Verlauf der Sitzung vom 30. August wird auf das Zusammengehen von CDU, fdp und „REP“ eingegangen: Beispiel: die „Wehrmacht-Ausstellung“

Seite 3

## Sonntagsarbeit

Etwas überraschend kam wahrscheinlich für viele Vertreter von Wirtschaft und Stadt der klare Widerstand u.a. aus Kirchen- und Gewerkschaftskreisen gegen das Vorhaben, die Arbeitszeit über „verkaufsoffene Sonntage“ zu deregulieren ...

Seite 4/5

## ... Schlachthof und Kultur ...

Der Abriss einer „Hall of Fame“ für und von europäischen Graffiti-Künstlern geschah weitgehend unbemerkt von der Wiesbadener Öffentlichkeit. Dabei steht ein Stück Jugendkultur auf dem Spiel, wenn das Writing immer mehr illegalisiert wird.

Seite 6



**Kein Flughafenausbau  
Nachtflugverbot**

**Fahrraddemo  
in Mainz/Wiesbaden  
8. September**

**Treffpunkte:  
11:30 Uhr Wiesbaden Hbf.  
12:00 Uhr Mainz Hbf.**

**AKU - Arbeitskreis Umwelt  
Rüdesheimer Str. 19  
Tel./Fax: 0611/94 51 351  
Plenum: dienstags, 20 Uhr,  
www.aku-wiesbaden.de**

Eine lobenswerte Aktion der Landeshauptstadt Wiesbaden: Auf den Eintrittskarten für die Veranstaltungen zu „folklore im Garten“ vom 24.-26. August befand sich dieser Hinweis auf die Fahrrad-Demonstration gegen den Ausbau des Flughafens Rhein-Main und für ein Nachtflugverbot.

Weniger gut dagegen der Auftritt des privaten Security-Dienstes bei der gleichen Veranstaltung: Die Fraktion Linke Liste hat eine Anfrage an den Magistrat gerichtet, um Näheres über den Einsatz des Sicherheits-Unternehmens zu erfahren.

Obwohl von SPD und Grünen unterstützt, fand ein Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden, in dem **konkrete Folgerungen aus der verstärkten Nachfrage nach Plätzen in den Integrierten Gesamtschulen Wiesbadens** formuliert waren, keine Mehrheit. Gefordert wurde in dem Antrag die Herstellung und Einrichtung von zusätzlichen Räumen an der Wilhelm-Leuschner-Schule in Kostheim sowie die Errichtung einer weiteren Integrierten Gesamtschule im innerstädtischen Bereich. Mit der Stimme der Linken Liste wurde ein SPD-Antrag angenommen, der den Magistrat auffordert, zum Thema Integrierte Gesamtschule Stellung zu nehmen und Vorschläge zu machen, wie der steigenden Nachfrage entsprochen werden kann.

Von keiner Fraktion gab es im August Zustimmung zum Antrag, die **Gebührenerhebungen für Leseausweis und Mahngeld bei der Benutzung der Stadtbibliothek** im Rahmen der Umstellung auf den Euro zum Teil wieder **zurückzunehmen**. Das Eintreten für soziale Gerechtigkeit ist immer an ganz konkreten Taten zu messen. Aber wenn man in der gleichen Stadtverordnetenversammlung einer Gewerbesteuersenkung, wie von CDU, FDP und SPD beschlossen, zustimmt ...

Knapp verfehlte der Antrag der LiLi-Fraktion eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung, **keinen verkaufsoffenen Sonntag in Wiesbaden** mehr zuzulassen. Mit den Stimmen des „Ex-Republikaners“ Hirzel kippten CDU und FDP diesen Antrag, hinter dem außerparlamentarisch die Gewerkschaften und Kirchen stehen.

Die Fraktion Linke Liste Wiesbaden hat bisher zwei **Anfragen** im Rahmen der Stadtverordnetenversammlung und weitere vier Anfragen direkt an die Verwaltung übermittelt: Gefragt wurde durch die Fraktion nach vom Magistrat für geeignet gehaltene **Flächen, auf denen private Open-Air-Veranstaltungen** größerer Gruppen (z.B. Abi-Abschluss) und sportliche Aktivitäten nicht in Vereinen Organisierter durchgeführt werden können. Wir wollen mehr solcher Veranstaltungen ermöglichen, gleichzeitig aber berechnete Interessen von Anwohnern und die Belange des Umwelt-

schutzes berücksichtigt sehen. Laut Bürgermeister Goßmann werden mögliche Standorte für private Open-Air-Veranstaltungen gegenwärtig noch untersucht. Ein neuer Sportstättenleitplan, der bis Ende 2002 erarbeitet wird, soll auch für Hobbysportler Flächen und deren mögliche Nutzung ausweisen.

Eine weitere Frage verlangte Auskunft, wie die **Geschäftsaufgaben in den Vierteln „Alt-Kastel“ und „Alt-Kostheim“** eingeschränkt und das Gewerbegebiet „Anton-Hehn-Straße“ in Kostheim besser genutzt werden soll. Drei aufschlussreiche Antworten folgen: In Mainz-Kostheim sieht eine im Auftrag der Verwaltung erstellte Einzelhandelsstudie die Nahversorgung gewährleistet; Mainz-Kastel weist eine negative Einzelhandelsentwicklung auf. Keine Beratung der Stadt könne jedoch den Strukturwandel im Einzelhandel und die Veränderung des Kaufverhaltens der Konsumenten aufhalten ... Hier könne ein Verkaufsmagnet wie das Projekt „Philipshof“ Impulse für den Einzelhandel im Ortskern bringen (siehe aber Seite 6 unserer Zeitung zu diesem Vorhaben). Und vom städtischen Besitz (42.000 qm Gesamtfläche, 12.570 qm städtisch) wurde bisher ein (in Zahlen: 1) Grundstück verkauft. „Die Verwaltung geht davon aus, dass in den nächsten zwei bis drei Jahren die restlichen Grundstücke verkauft sind.“

Eine im Juni 2001 gestellte Frage nach dem **Zusammenhang von Grundstückserwerb und möglichem Baubeginn** auf einem erworbenen Grundstück hat die Verwaltung bisher nicht beantwortet. Konkret gefragt: Darf auf Grundstücken bereits gebaut werden, wenn die Stadtverordnetenversammlung dem Verkauf städtischer Liegenschaften noch gar nicht zugestimmt hat?

Ebenfalls im Juni fragte die Fraktion nach, welche und wie viele **Kontrollen zur Verhinderung und Aufdeckung illegaler Beschäftigung** (Bau- und andere Bereiche) im Einflussbereich der Landeshauptstadt durchgeführt wurden, wie viele Firmen überführt wurden und wie gegen sie vorgegangen wird, sowie welche Folgerungen die Verwaltung für die Vertragsgestaltung mit Firmen und für deren Kontrolle gezogen hat. Eine erste Antwort von Herrn Goßmann am 6. August 2001:

„Die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeit) gehört nicht zu den originären Aufgaben der Bauaufsicht. Die Bauaufsichtsbehörden haben ... lediglich eine Unterrichtungspflicht an die zuständigen Behörden.“ Die Beantwortung der Fragen sei deshalb zuständigkeitshalber an das Arbeitsamt, das Hauptzollamt Darmstadt und das Ordnungsamt weitergeleitet worden. Die Fraktion Linke Liste Wiesbaden hat auf der Stadtverordnetenversammlung im August vom Magistrat eine dem Thema angemessene zügige **Beantwortung** dieser Fragen eingefordert. Keine der anderen politischen Gruppierungen hat dieser Forderung widersprochen.

Mit ihrer Anfrage zur „**Fehlbelegungsabgabe**“ im sozialen Wohnungsbau erbat die Fraktion Auskunft, wie hoch die Einnahmen aus der Fehlbelegungsabgabe in Wiesbaden

**LiLi**



Zeitung der Fraktion Linke Liste Wiesbaden

sind, wie die Abgaben eingesetzt werden, wieviel Geldmittel insbesondere nach AKK geflossen sind und ob die Zahlung von Fehlbelegungsabgaben zum Wegzug sozial besser gestellter Familien führt. Aus der umfangreichen Antwort (demnächst im Internet) einige Kernaussagen: Jährlich fließen knapp 4 Millionen DM dem Haushalt aus der Fehlbelegungsabgabe zu, darunter rund 0,6 Mio. Mark aus AKK. Die Einnahmen wurden seit Mitte 1993 ausschließlich zur Refinanzierung öffentlich geförderter Bauvorhaben (insgesamt 450 Wohnungseinheiten) eingesetzt. Einnahmen in AKK wurden auch dort für die kommunale Mitfinanzierung von Bauvorhaben verwendet. Für die gelegentlich behauptete Verdrängungswirkung der Abgabe gibt es – abgesehen von Einzelfällen – namentlich in Wiesbaden keinen empirischen Beleg. Keine Antwort erhielt die Fraktion bisher auf eine Anfrage zu den **finanziellen Auswirkungen der von CDU und FDP vorgeschlagenen Gewerbe- und Grundsteuersenkung in Wiesbaden**. Leider wurden diese Steuersenkungen ab 2002 mit Unterstützung der SPD

(übrigens ohne Aussprache: Es war schon spät am Abend, und man wollte alle Punkte erledigen. Alleine bei der Gewerbesteuer sind dies wohl Mindereinnahmen von 25 Millionen DM!) beschlossen. Auf der Beantwortung unserer Anfrage werden wir bestehen, wird doch damit wahrscheinlich die Größenordnung sichtbar, um die im Haushalt 2002/03 die Bereiche Soziales, Kultur, Jugend und ÖPNV gekürzt werden.

Es zeigt sich deutlich: **Anträge einzubringen und Anfragen zu stellen macht für die Linken in Wiesbaden Sinn**. Es zwingt die anderen politischen Gruppierungen zur Stellungnahme, schafft Möglichkeiten zur verstärkten Zusammenarbeit und liefert Informationen für weitere politische Aktivitäten. Unser Wunsch als Fraktion ist, dass Anträge und Anfragen nicht nur aus unseren Reihen kommen, sondern dass zunehmend Fragen und Anliegen von Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und anderen demokratischen Bewegungen in unsere parlamentarische Arbeit Eingang finden.

K.-H. Grünheid

## Spruchband - Eröffnungssitzung

## Schwarz-Gelb-Braun in Wiesbaden

Auch wenn es CDU und fdp nicht wahrhaben wollen: In Wiesbaden entscheidet inzwischen eine Koalition aus Christdemokraten, Liberalen und „Republikanern“. Dabei ist nicht einmal so sehr Herr Hirzel, ehemals REP und nun fdp-Sympathisant, gemeint. Ein Parteiaustritt kommt ja häufiger vor – auch wenn die Begleitumstände in diesem Fall schon dubios waren: das Mindeste ist doch, dass eine Partei den „Abtrünnigen“ auffordert, den Sitz zurückzugeben – beim annähernd zeitgleichen Austritt eines namhaften REP in Kostheim, Mike Österreich, auch so geschehen.

Nein, es geht darum, dass sich tatsächlich bei wichtigen Entscheidungen für unsere Stadt diese drei Parteien zusammen finden, gemeinsam stimmen.

Ein Beispiel sei wegen seiner Tragweite und des Themas wegen geschildert: Am 30. August 2001 stimmten CDU-, FDP- und Republikaner-Fraktion gemeinsam dagegen, daß die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht in städtischen Räumen gezeigt werden soll. Noch 1997 hatte die Rep-Fraktion vergeblich versucht, mit einem Antrag die Präsentation der Wanderausstellung zu verhindern. Dass 2001 im Rathaus einer Landeshauptstadt eine Partei den völkerrechtswidrigen faschistischen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion wörtlich und vom Vorsitz ungerügt als „Präventivkrieg“ bezeichnen kann, ist für sich schon unfassbar. Dass dann aber CDU und fdp dem nicht widersprechen, sondern mit den REP abstimmen und somit die Präsentation der Ausstellung gemeinsam verhindern, das ist der eigentliche Skandal.

Aber das war beileibe nicht der einzige Punkt, an dem es zu diesem unheilvollen Zusammengehen kam: Die Übereinstimmung reichte bei der letzten Sitzung von der Verabschiedung des bei der Bevölkerung abgelehnten Projekt „Philippshof“ in Mainz-Kastel bis hin zu den Plänen, Olympia nach Wiesbaden zu holen.

In den letzten vier Jahren ließ man die REP in der Stadtverordneten-Versammlung gewissermaßen „rechts liegen“, statt sich damit auseinander zu setzen; es scheint so, als trete an die Stelle des Ignorierens nun das gemeinsame Beschließen: eine verhängnisvolle Tendenz ...

## Termine:

### Stadtverordneten-Versammlungen 2001: (Rathaus)

27. September  
16. November  
14. Dezember

### Vollversammlungen 2001 der Linken Liste Wiesbaden: (Hilde-Müller-Haus, 19 Uhr)

31. Oktober  
28. November  
19. Dezember

### Rathausgruppe der Fraktion Linke Liste Wiesbaden: (Rathaus, Raum 304, 18 Uhr)

15. Oktober  
29. Oktober  
12. November  
26. November  
10. Dezember

### Arbeitskreis „Umwelt – Verkehr – Stadtplanung“ (Rathaus, Zi. 314, 18 Uhr)

24. Oktober  
7. November  
5. Dezember



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden  
Oktober 2001

„Alle hängen am freien Wochenende und am freien Feierabend, wollen aber, dass in dieser Zeit möglichst alle Dienstleistungen angeboten werden.“

Diese Kritik Franziska Wietholds vom Geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen aus dem Jahre 1998 an der nicht einheitlichen Haltung zur Sonntagsarbeit innerhalb der deutschen Gewerkschaften kann heute zumindest teilweise entfallen.

Denn die aus DAG DPG, HBV, IG Medien und ÖTV gebildete Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di stellt mit 2,9 Millionen Mitgliedern nicht nur die größte Gewerkschaft der BRD dar, sie vertiltg ebenso im DGB über einen entscheidenden Einfluss. Insofern könnte das grassierende Problem der sonntäglichen Ladenöffnungen sehr schnell zum gewerkschaftlichen Handlungsfeld sowohl im Bereich Handel als auch in anderen Branchen erklärt werden — vorausgesetzt, der politische Wille ist vorhanden oder wird geschaffen.

In Wiesbaden will ver.di die geplante Ausweitung der Sonntagsarbeit nicht länger dulden. Bereits im Frühjahr dieses Jahres unterstützte sie den Betriebsrat der örtlichen Karstadt-Filiale, dessen Zustimmungsverweigerung zur Öffnung des Kaufhauses im Betrieb und öffentlich zu verteidigen. Für den 1. April 2001 hatte sich die Stadtregierung auf die Regelung des Ladenschlussgesetzes berufen, dass die Geschäfte aus Anlass von Messen oder Märkten auch sonntags geöffnet sein dürfen. Ein solcher „Anlass“ war schnell geschaffen:

das Fest zum Abriss einer innerstädtischen Hochbrücke mutierte in den Behörden flugs zum „Ostermarkt“. Und die Geschäftsleitung von Karstadt ließ den Betriebsrat wissen, dass „die geplante Aktion breite Zustimmung beim Wiesbadener Einzelhandel und somit bei den maßgeblichen Mitbewerbern“ finde, weshalb „eine Teilnahme — um für uns Wettbewerbsnachteile zu vermeiden — für unbedingt notwendig“ gehalten wurde.

Nicht mit juristischen Tricks allein, sondern nur zusammen mit „Speck“ lassen, sich „Mäuse“ fangen, dachten wohl die Unternehmer des Kaufhauskonzerns. Deshalb entwickelten sie ein ganzes Programm von Vergünstigungen, um die Beschäftigten gegen die ablehnende Haltung des Betriebsrates zu mobilisieren: für die Arbeit am 1. April sollten sie einen Zuschlag von 120 Prozent auf die geleisteten Stunden, dazu noch 75 Mark netto und ein „Ostergeschenk“ im Wert von 25 Mark erhalten. Sogar die um zwei Stunden frühere Schlie-

ßung des Geschäfts am vorangehenden Samstag sollte nicht zu finanziellen Einbußen führen. Doch alle Angebote der Geschäftsleitung liefen ins Leere, der Betriebsrat blieb bei seinem strikten Nein zur künstlichen Verlängerung der Wochenarbeitszeit. Dieses war für ihn gleichfalls ein Signal gegen jede weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen. Denn kurze Zeit zuvor hatte Karstadt in seiner Wiesbadener Niederlassung

den angeblich zu hohen Personalbestand um 35 Beschäftigte reduziert. So öffneten am 1. April alle namhaften Kaufhäuser in der Wiesbadener Fußgängerzone, nur eines nicht.

Die Gründungskonferenz des Bezirks Wiesbaden der ver.di würdigte das „wichtige und positive Beispiel von Karstadt“, welches „ein mutiger Alleingang des dortigen Betriebsrates und der Belegschaft“ blieb. Gleichzeitig versicherte sie „alle Kolleginnen und Kollegen sowie Betriebsräte, die auch künftig den freien Sonntag verteidigen, ihrer Solidarität und Unterstützung“. Die Ankündigung eines bisher in der hessischen Landeshauptstadt unbekanntes „Herbstmarktes“ am 14. Oktober 2001 wird jetzt zur Nagelprobe, dass eine Resolution mehr bedeutet als nur bedrucktes, geduldiges Papier. Da zur gleichen Zeit in einigen umliegenden Stadt(ch)en verkaufsoffene Sonntage bereits offensiv in den Medien vorbereitet und propagiert werden, steht ver.di in Wiesbaden vor einer echten politischen Herausforderung.

Ihr Bezirksvorstand entschied sich deshalb für eine breit angelegte Kampagne gegen die Sonntagsarbeit. Neben Massenzeitungell sind eine Betriebs- und Personalrätekonferenz, eine Podiumsdiskussion sowie Aktionen in der Wiesbadener Innenstadt am verkaufsoffenen Sonntag geplant. Mit dieser Kampagne sollen nicht nur die Belegschaften der Handelshäuser, sondern auch die Beschäftigten anderer Branchen — als Konsumenten — gezielt angesprochen, für die Probleme der Sonntagsarbeit sensibilisiert und für die gemeinsame Gegenwehr gewonnen werden. Denn eine völlige Durchlöcherung des Ladenschlusses würde sich unweigerlich gesamtwirtschaftlich auswirken. Sonntagsöffnungen machen nach Auffassung des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels nämlich „nur Sinn, wenn auch der öffentliche Personennahverkehr am Sonntag führt, der Großhandel arbeitet, Markthallen geöffnet haben und die Zulieferung einschließlich des damit verbundenen Lastwagenverkehrs gegeben ist“.

Horst Gobrecht, Stellvertr. Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di, Bezirk Wiesbaden

**Lili**



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

# Sonntagsarbeit



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

Oktober 2001

5

# ... nach dem Abriss des Schlachthofs ...

Am 18. Juni 2001 begann der Abriss des Schlachthofgeländes in Wiesbaden. Dieser Platz, der unter anderem Graffiti-Writern als große Hall of Fame diente und auf dem seit mehreren Jahren das „Wall Street Meeting“ stattfand, wird dem Erdboden gleichgemacht.

Als einer der interessantesten und vielfältigsten Kulturräume mit internationalem Ruf war der Schlachthof zentral und wichtig für künstlerisches Schaffen der Jugend in und um Wiesbaden. Mit viel Eigeninitiative wurde für die jugendliche Phantasie und Kreativität ein Platz der freien Entfaltung – jenseits von Nationalität und Hautfarbe – geschaffen. Leider wird dieser „konsumbefreite“ Raum, in dem kreative Energien auf vielfältigste Weise ihren Ausdruck finden konnten, für wirtschaftlich interessantere Nutzungen Platz machen müssen.

Graffiti-Writing ist eine künstlerische Form der Darstellung von Gedanken, Wünschen, Ideen und des gewaltfreien Protests. Es ist eine Art der Kommunikation, die nicht pauschal auf Vandalismus reduziert werden kann. Die international verbreitete Subkultur der HipHop-Graffiti-Maler zeichnet sich durch ihre Vielseitigkeit aus. Dabei zählen weder Nationalität noch Hautfarbe oder Geschlecht, sondern ausschließlich das Können des Graffiti-Writer. Dies ist die grundlegende Voraussetzung für ein tolerantes Miteinander; durch repressive Aktionen gegen Graffiti-Künstler wird sie negiert. (...)

In Wiesbaden wurden auf aktive und kreative Weise farbenfrohe Kunstwerke geschaffen, die die grauen Wände des ehemaligen Schlachthofes zu einer großen „Galerie“ gestalteten. Die Bilder sind kein Eigentum von irgend jemandem, worin die wahre Kraft und Einzigartigkeit der Graffiti liegt.

Können die Bilder und Schriften der Writer unter diesem Gesichtspunkt nicht als eine konstruktive Reaktion auf die Unwirtlichkeit der Städte, die Tristesse der Betonwände oder die Transformation aller Dinge in Waren angesehen werden? Graffiti wenden sich in dieser theoretischen Perspektive gegen die totale Marktwirtschaft des Kapitalismus, der in alle gesellschaftlichen Lebensbereiche eingreift und dem Individuum außerhalb der Waren- und Konsumsphäre wenig Raum für „irrationale“, nicht auf Gewinn ausgerichtete Kreativität und Phantasie lässt (...)

Die Graffiti spiegeln so den Zwiespalt einer Gesellschaft wieder, die sich in einer ständigen Spannung zwischen einer anzustrebenden „Glitzerwelt“ und der davon abweichenden Realität der Jugendlichen befindet. Auf dem Schlachthofgelände wurden die Kräfte und Phantasien der Jugendlichen auf konstruktive Weise gebunden. Für Jugendliche war es eine wichtige Alternative zu sonstigen – vielleicht mitunter zerstörerischen Aktivitäten.

(...) In einem Kulturkreis verständigen und definieren sich die Menschen über die Sprache, eine Stimme verleiht Identität, so wie ein Bild „Sprache der Kunst“ ist und dem Künstler Identität verleiht. Das Writing als Kommunikationsform wird zum grundlegenden Medium des Dialogs zwischen dem Künstler und seiner Umwelt. Graffiti-Writer wollen durch ihre Bilder ihre eigene Existenz behaupten, individuelle Lebenszeichen setzen und ihr Lebensgefühl durch die spezifische Art der Veröffentlichung stärken. Nur dadurch konnte eine „Kunstgalerie“, wie sie in Wiesbaden zu sehen war, überhaupt entstehen. Der Abriss ruft ein Gefühl der Trauer, der Enttäuschung, der Verärgerung hervor. Keiner kann diesen Raum zurückgeben, an dem sich Maler aus aller Welt trafen, um Erfahrungen auszutauschen und weiterführende Einflüsse mit nach Hause zu nehmen. Mit dem Abriss geht eine nur selten existierende Vielfältigkeit an Kunstwerken verloren.

Die Frage bleibt, wo und in welchem Rahmen Alternativen gefunden werden können, damit die schaffensorientierte Jugend auch in Zukunft einen Raum für die Verwirklichung ihrer Interessen findet. Dazu muss doch ein öffentliches Interesse vorhanden sein. Es ist gerade Aufgabe der Kunst, neue Ausdrucksformen der Kreativität zu suchen und von den alten, festgefahrenen Kunstformen abzuweichen. Graffiti ist keine Sachbeschädigung, auch wenn sie mit Schmierereien oftmals in einen Topf geworfen wird (...)

Es wird im Interesse vieler Eltern sowie kunst- und sportinteressierter Bürger in und um Wiesbaden sein, schnellstmöglich eine Lösung dafür zu finden und die Jugend weiterhin in ihrem Schaffen zu unterstützen!

Carolin Steinat



## Platz für den Kommentar

Lili



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

**Die 20.000 Unterschriften für den Bürgerentscheid zum Stadtbahnprojekt in Wiesbaden sind nicht zusammen gekommen. Wie schätzen Sie das Ergebnis der Aktion ein?**

Wenn in Hessen ein Bürgerbegehren gegen einen Stadtverordnetenbeschluss gerichtet ist, müssen innerhalb von 6 Wochen 10% der Wahlberechtigten unterschreiben. In anderen Bundesländern liegt diese Hürde deutlich niedriger aus der Erkenntnis heraus, dass insbesondere in großen Städten das Quorum nur sehr schwer zu erreichen ist. Das hat sich auch in unserem Fall bestätigt. Erschwerend kam hinzu, dass die gesamte Frist in den Sommerferien lag, so dass es zu wenige aktive Helfer gab. Unter diesen Voraussetzungen sind die erzielten 14.200 Unterschriften von Wiesbadener Wahlbürgern ein sehr beachtliches Ergebnis. Diese Bürger wollen die wichtigen Angelegenheiten ihrer Stadt nicht mehr nur den gewählten Politikern überlassen, in die sie das Vertrauen verloren haben, weil sie – diesmal die CDU – zentrale Wahlversprechen aus reinem Machtkalkül gebrochen haben. Sie wollen vielmehr im Rahmen eines Bürgerentscheids selbst mitbestimmen; und hierbei ging es nicht nur darum, etwas zu verhindern, wobei jeder aus verschiedenen Gründen dagegen sein kann, sondern hier ging es um die Weichenstellung unseres öffentlichen Nahverkehrssystem für viele Jahrzehnte. Es ist ein bedeutendes Signal auch dafür, wie die vielfach beklagte Politikverdrossenheit wirksam bekämpft werden kann und wie Politik aus der Schmutzdecke von Machtegoismus und Korruption wieder herausgeführt werden kann.



Für die Bürgerinitiative bedeutet das Ergebnis, dass es zwar den angestrebten Bürgerentscheid nicht gibt, dass sie aber nun in der Pflicht steht, längerfristig am Thema „Nahverkehrsgestaltung“ aufklärend und meinungsbildend zu arbeiten, um unter Beteiligung der Bürger das Beste für unsere Stadt zu bewirken.

**Wer unterstützt nach Ihrer Wahrnehmung das Projekt Stadtbahn in Wiesbaden in der Bevölkerung und unter den verschiedenen Organisationen sowie Parteien?**

Sofern es gelingt, in der Argumentation zur sachgemäßen und objektivierten Abwägung zurückzufinden, spricht das Stadtbahnprojekt für sich

selbst und zwar aus einer ganzen Reihe von Gründen:

**Raumordnung und Städtebau:** regionale Anbindung – Belebung der Innenstadt

**Leistungsfähigkeit und Komfort:** etwa 20.000 Fahrgäste täglich

**Verkehrsgestaltung:** Verbesserung des „modal split“ um bis zu 30% – täglich 27.500 PKW/km weniger

**Umweltschutz:** Energieeinsparung 5.400 MW p.a.

**Verringerung der Luftverschmutzung:** 2.390 to Kohlendioxid, 47,1 to Kohlenmonoxid, 20,8 to Kohlenwasserstoffe, 45,0 to Stickoxid, 0,66 to Schwefeloxid und 0,77 to Stäube (Ruß und Abrieb von Reifen und Bremsbelägen)

**Denkmalschutz:** denkmalgerechte Nutzung der geschützten Aartalbantrasse, gute Verträglichkeit mit historischer Bausubstanz

**Herstellungs- und Betriebskosten** im Zusammenhang mit der vorgesehenen Finanzierung: Beitrag zur **Konsolidierung des städtischen Haushalts** und zur Preisstabilität im RMV.

Das Stadtbahnprojekt wird von jedem unterstützt, der die sachorientierte Argumentation fördert. So hat es uns sehr gefreut, dass die Presse sehr objektiv und argumentativ berichtet hat. Im übrigen ist aber bisher nicht einmal bei den großen Gruppierungen, die hier in Wiesbaden tätig sind, eine geschlossene Meinungsbildung feststellbar. CDU, SPD und sogar Bündnis 90/Grüne, die sich als Befürworter des Stadtbahnprojektes geäußert haben, agieren mehr oder weniger uneinheitlich, und das färbt auch auf die Einstellung zur Frage des Bürgerentscheids ab. Ähnliches gilt auch für die Gewerkschaften, die Naturschutzverbände und sogar für das Agenda-Team.

Eindeutige Unterstützung kommt vom Rheingau-Taunus-Kreis über fast alle Parteigrenzen hinweg. In Wiesbaden ist die Unterstützung durch kleinere Gruppen (Linke Liste, VCD, AUF, AFCD, pro Bahn und Bus u.ä.) uneingeschränkt. Ähnlich verhält es sich aber auch auf der Seite der Stadtbahngegner: Nachdem die IHK einräumt, sich irren zu können, ist nur noch die FDP uneingeschränkt dagegen. Hier hat man aber den Eindruck, dass bei ihr die Angst vor dem Umfallen die stärkste Triebkraft ist. Sachkenntnis ist uns bei FDP-Vertretern noch kaum begegnet.

**Mit welchen Vorstellungen und Aktivitäten will die Initiative „Stadtbahn – ja“ weiter machen?**

Die Bürgerinitiative wird weitermachen und sich eine auf längerfristige Arbeit ausgerichtete Organisationsstruktur geben.

Schwerpunkt wird sein, die sachorientierte Analyse und Argumentation zum Thema „Nahverkehrsgestaltung“ weiter zu vertiefen und den Bürgern zugänglich zu machen, damit ein auf mehr Sachkenntnis basierender Bürgerwille deutlich wird und die bisher noch vielfach vorhandene Skepsis und irrationale Gegnerschaft abgebaut werden.

**K.-H. Grünheid sprach mit Hans-Ulrich Zastrau, einem der aktivsten Bürger bei der Unterschriften-Aktion für die Stadtbahn.**

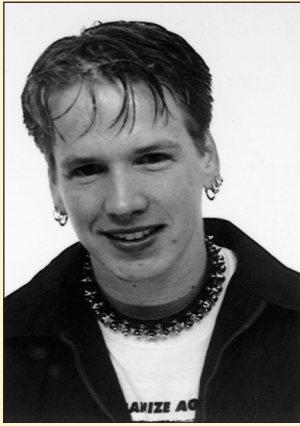
**Ansprechpartner/innen der Linken Liste:**

**Umwelt:**  
Karl-H. Grünheid (06 11) 37 28 45

**Planung und Verkehr:**  
Jürgen Lechner-Befard  
(06 11) 9 41 08 84



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden  
Oktober 2001



## Die „Hochzeit“ von Hertie und Karstadt in Wiesbaden kommentiert Tilmann Ziegenhain

Dass der Schutz der Ehe durch das Grundgesetz festgeschrieben ist, wissen wir alle spätestens seit der Debatte um die Homo-Ehe. Dass dieses Grundgesetz aber bei der Vermarktung nach kapitalistischen Prinzipien nicht greift, zeigte uns die Umbenennung des Kaufhauses Hertie in Karstadt an der Luisenstraße. Aufgekauft wurde Hertie schon vor längerer Zeit. Warum die Filiale den Namen ausgerechnet jetzt ändern musste, ist irrelevant – Hauptsache ist der Event. Hertie ist jetzt Karstadt, und Huber ist jetzt Kärntner. Die Anfangsbuchstaben und die

Tatsache, dass die Frau auf den Plakaten nach patriarchalischer Tradition den Namen des Mannes übernimmt, lassen ahnen, wer in der Ehe welches Kaufhaus personifiziert?! Dass ein Ehepaar so käuflich sein kann und sich von einem Unternehmen eine Hochzeit instrumentalisiert lässt, ist erschreckend. Dass ausgerechnet ein Unternehmen titelt: „Namen ändern sich, Werte bleiben“, ist Ironie, denn neben der Emanzipation war es doch die Modernisierung der Marktwirtschaft, welche die klassische Ehe zerstörte. Es sei erinnert an den verkaufsoffenen Sonntag, der den Beschäftigten einen freien Tag mit ihren Kindern verwehrt. Dass die Umbenennung mit Rationalisierungen enden wird, ist wohl keinem bewusst. Politiker, die bei der Rekordtafel auch noch freudig präsent sind, stellen sich selbst ein Armutszeugnis aus.

## Recht auf Arbeit: Betriebsverfassungsrecht muss auch beim „Global Player“ McDonalds gelten

Globalisierung und Neoliberalismus sind nicht unbedingt ein Vorteil für die Arbeitnehmer. Dies mussten Angestellte des McDonalds-Restaurant in der Mainzer Straße erfahren.

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) wirft McDonalds die Missachtung des Betriebsverfassungsrechts vor. McDonalds waren offenbar die Aktivitäten des Betriebsrates ein Dorn im Auge; durch Zahlung von „Ablösesummen“ an Gewerkschafter sollte der Betriebsrat geschwächt werden.

Als dies nichts nutzte, wurde das Fast-Food-Restaurant „aus betriebswirtschaftlichen Gründen“ geschlossen; die 66 Angestellten wurden entlassen. Für NGG ist die Begründung fadenscheinig: nach Meinung der Gewerkschaft wollte McDonalds auf diese Art und Weise die kritische Belegschaft los werden.

Die Auffassung der Gewerkschaft wird dadurch gestützt, dass nach siebenmonatiger Schließung neu geöffnet wurde, ohne dass die ehemaligen Mitarbeiter übernommen werden. Der neue Restaurant-Betreiber „Anver Restaurant GmbH“ ist ein Tochterunternehmen von McDonalds und soll in Zukunft „Dual Restaurantbetrieb GmbH“ genannt werden.

20 der gekündigten Mitarbeiterinnen klagen mit Hilfe der Gewerkschaft vor dem Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung. Die Gewerkschaft kann sich vorstellen, dass der Fall bis zum Bundesarbeitsgericht kommt, wenn nicht im Sinne der gekündigten Angestellten entschieden wird. Der neue Restaurant-Betreiber sieht für eine Wiedereinstellung keine Veranlassung: der Interessenvertreter von McDonalds wirft dem Betriebsratsvorsitzenden Erpressung vor. Er habe eine Abfindung von 500 000 DM gefordert, nachdem ein Teil der Belegschaft das Unternehmen kaputt gemacht habe.

Hinter dem Desaster steckt die amerikanische Philosophie der unternehmerischen Freiheit. Danach haben Arbeitnehmer zu funktionieren wie es sich das Unternehmen wünscht. Vor solch einem Hintergrund sind Betriebsräte, Gewerk-

schaften und eine kritische Belegschaft nur hinderlich.

Einer derartigen Unternehmenskultur können wir Verbraucher am besten entgegenwirken, wenn wir Unternehmen wie McDonalds meiden.

**Wie erreichen Sie uns?**  
Geschäftsstelle der Fraktion:  
Rathaus, Zimmer 314,  
Telefon (0611) 315426  
Fax (0611) 315917  
E-Mail [lili.fraktion@wiesbaden.de](mailto:lili.fraktion@wiesbaden.de)

**Wann sind wir erreichbar?:**  
Mo, Di, Do, Fr: 9.30–12.30 Uhr  
Mittwoch: 12.30–19 Uhr  
Mo, Di, Do: 16–18 Uhr

**Unsere Postanschrift:**  
65183 Wiesbaden,  
Schlossplatz 6

**Diese Zeitung ist kostenlos – wir freuen uns über Spenden:**  
Konto 216 407 023  
bei der Mainzer Volksbank  
(BLZ 551 900 00)

**Linke Liste Wiesbaden**  
Ausgabe Oktober 2001  
Auflage: 8.000 Exemplare

**Redaktion:**  
Karl-Heinz Grünheid  
Jürgen Korell  
Cordula Möhnle  
Gottfried Schmidt  
Tilmann Ziegenhain



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden  
8 Oktober 2001

**Initiative Neugestaltung Philipphshof**

**Existenzen vernichtet**

Dem Einzelhandel in Kastel und Kostheim droht das „Aus“; die Mainzer Straße verwaist; Ortskerne veröden.

**Boelckestraße überall!**

Staus, Lärm und Abgase an fast allen Kreuzungen in Kastel und Kostheim

**Philipphshof – so nicht!**

Die Initiative wird getragen von: AUF Kastel und Kostheim, BIVKO, CDU Kostheim, FDP Kostheim, SPD Kostheim, den Gewerbevereinen Kastel und Kostheim und betroffenen Bürgerinnen und Bürgern.

**Zu viel Verkehr**

Täglich mindestens 9.000 PKW mehr – das Verkehrschaos nimmt Überhand.

**Es gibt Alternativen!**

Das Erstbeste ist nicht das Beste:  
Alternativen sind z. B.:  
– Wohnbebauung  
– Bürger-/Kongresszentrum

WSGf: Lohar Barne, Linzer Straße 1, Achim Glasner, Friedrichstraße 51, Regine Koch, Am Blauen Garten 10, Thomas Kilja, Frankfurter Straße 3, Hans-J. Hasemann-Trutzel, Kostheimer Landstraße 83.

**Im August beschloss die Stadtverordnetenversammlung, einen Bebauungsplan für den Kasteler Philipphshof aufzustellen – Ziel ist ein 80-Millionen-Projekt (SB-Warenhaus, Fachgeschäfte, Bowlingbahn, Fitness-Center, etc.) Der Widerstand gegen das Projekt ist groß: alle Kostheimer Parteien, der Kasteler AUF, die Kostheimer und Kasteler Gewerbetreibenden sowie zahlreiche Bürger haben sich in der „Initiative Neugestaltung Philipphshof“ (siehe das Plakat oben) zusammengeschlossen, um das Projekt zu verhindern.**

**Infos u.a.: Dr. Gottfried Schmidt (061 34) 23 01 20**